



# Das „Modell Bukele“ ist kein Wunder

Permanenter Ausnahmezustand sorgt für Friedhofsruhe in El Salvador

**El Salvador hatte lange weltweit die meisten Tötungsdelikte außerhalb von Kriegsgebieten. Mit dem Präsidenten Nayib Bukele hat sich das nun geändert. Der Preis ist hoch: Repression und Menschenrechtsverletzungen nehmen zu. Trotzdem ist das „Modell Bukele“ auch in anderen Ländern populär.**

**V**ON LYA CUÉLLAR

vor fünf Jahren war El Salvador das Land mit der höchsten Mordrate der Welt. Jetzt ist es das nicht mehr. Der Regierung von Präsident Nayib Bukele ist es gelungen, die Zahl der von salvadorianischen Gangs begangenen Morde im Land auf einen historischen Tiefstand zu senken.

Diese Botschaft scheint das einzige zu sein, was in Lateinamerika, in der ganzen Welt, über die Politik Bukeles und über El Salvador ankommt. Es stimmt auch: Der Rückgang der Tötungsdelikte während der Amtszeit von Nayib Bukele ist unwiderlegbar. Aber die Statistiken zeigen weder ein komplettes Bild noch sind sie das wirkliche Ergebnis einer durchdachten und umfassenden Sicherheitsstrategie. Seine mächtigen Kommunikations- und Propagandateams mögen dem Rest der Welt diesen scheinbaren Erfolg als „Modell Bukele“ verkaufen, aber die Bevölkerung des kleinen zentralamerikanischen Landes erlebt keinen realen Frieden.

Zwischen dem 25. und 27. März 2022 fand das blutigste Wochenende des 21. Jahrhunderts in El Salvador statt. In nur drei Tagen ermordeten Gangmitglieder mindestens 87 Menschen. Als Reaktion darauf ersuchte Präsident Bukele den von seiner Partei Nuevas Ideas (Neue Ideen) kontrollierten Kongress um die Verhängung des Ausnahmezustands. Er ist in der Verfassung für Fälle von Krieg, Katastrophen und schweren

Störungen der öffentlichen Ordnung vorgesehen. Mit dieser Maßnahme wurden das Recht auf Versammlungsfreiheit sowie mehrere Rechte für Inhaftierte ausgesetzt. Einige Tage später stimmte der Kongress einer Verschärfung der Haftstrafen für Bandenmitglieder zu: Für Kinder über zwölf Jahren drohen nun bis zu zehn und für Jugendliche ab 16 bis zu 20 Jahre Gefängnis. Diese abrupte Welle extremer Maßnahmen war nur dadurch möglich, weil Bukele seit Juni 2021 nach einem überragenden Wahlerfolg seiner Partei Nuevas Ideas die absolute Kontrolle über den Kongress erhalten hatte. Er nutzt die Machtfülle zudem, um die Justiz zu kooptieren und jede Möglichkeit einer abweichenden Meinung in der Regierung auszuschalten – allerdings über verfassungswidrige Methoden. Der Ausnahmezustand, der eigentlich nur für 30 Tage gelten sollte, wurde bereits 19 Mal verlängert und wird im November 20 Monate in Kraft sein. In dieser Zeit haben die staatlichen Sicherheitskräfte nach offiziellen Angaben über 71 000 Menschen verhaftet. Seitdem sind mindestens 180 Menschen in den überfüllten Gefängnissen gestorben, viele davon, ohne jemals vor Gericht gestellt worden zu sein. Es gibt zahlreiche Berichte von willkürlichen Inhaftierungen, teilweise bestätigt durch die Regierung selbst. Organisationen der Zivilgesellschaft berichten über Misshandlungen, Folter und sexuelle Gewalt durch Soldaten und Polizisten innerhalb und außerhalb der Gefängnisse. Die zahlreichen und konstanten Menschenrechtsverletzungen seien „Kollateralschäden“, erklärte Vizepräsident Félix Ulloa im Juli 2022.

Zahlreiche Familien sind durch willkürliche Verhaftungen auseinandergerissen worden. Soldaten und Polizisten fühlen sich ermächtigt, Frauen und Mädchen in marginalisierten Vierteln zu belästigen und sexuell zu missbrauchen. In vielen Gemeinden herrscht Misstrauen, da ein Streit mit einem Nachbarn zu ei-

ner falschen Anzeige führen kann. Doch trotz der offensichtlichen Folgen der Repression genießt Präsident Bukele nach wie vor hohe Zustimmung, die höchste in der Region, wenn man Umfragen Glauben schenken darf. Selbst Angehörige von Menschen, die aktuell inhaftiert sind, erkennen die scheinbare Ruhe an, die durch den abrupten Rückgang der Morde entstanden ist. Von außen mag es unverständlich erscheinen, dass die Freiheit der Sicherheit geopfert wird, aber El Salvador ist ein Land mit einer langen Geschichte der Gewalt.

**I**n den 1990er-Jahren, nach zwölf Jahren verheerendem Bürgerkrieg, erfasste die organisierte Gewalt erneut das Land in der Form zweier Gangs von abgeschobenen Jugendlichen aus Los Angeles: die Mara Salvatrucha 13 (MS-13) und das Barrio 18. In den folgenden Jahrzehnten teilten die Gangs, verstärkt durch die gescheiterte Sicherheitspolitik rechter und linker Regierungen, das gesamte Staatsgebiet unter sich auf. Sie zogen Kriegsgrenzen, die das Leben aller Einwohner\*innen einschränken.

Die Unterdrückung der Gangs durch Repression ist kein neuer Ansatz: Sie war die erste eingesetzte Strategie gegen MS-13 und Barrio 18. Als fast instinktive Antwort auf diese neue Gewalt verkündete die damalige ultrarechte Regierungspartei ARENA im Jahr 2003 eine Politik der „mano dura“ (eiserne Faust) und im Jahr 2006 die sogenannte „súper mano dura“.

Die Politik der Repression scheiterte. Der „manodurismo“ stärkte die Gangs, die Gewalt nahm zu. Im Jahr 2012 versuchte die erste linke Regierung El Salvadors, deren Politik der Militarisierung der öffentlichen Sicherheit ebenfalls fehlschlug, etwas Neues: Sie setzte sich an den Verhandlungstisch mit der MS-13 und der Barrio 18. Der Pakt zwischen der FMLN-Regierung von Mauricio Funes und den Gangs, der von Regierungsvertreter\*innen, militärischen und religiösen Akteuren vermittelt wurde, fand im Geheimen statt. Die Gangs erklärten sich bereit, die Mordrate zu senken und erhielten im Gegenzug unter anderem Privilegien in Gefängnissen. In den darauffolgenden Monaten war die Mordrate so niedrig wie seit Jahren nicht mehr. Die öffentliche Ablehnung und die Angriffe der politischen Opposition auf den Verhandlungsprozess führten jedoch dazu, dass die Regierung Funes den Pakt leugnete, sich von ihm distanzierte und ihn schließlich aufkündigte. Mitte 2013 nahmen die Ermordungen wieder zu, und 2015 wurden Rekorde bei den täglichen Tötungen aufgestellt. Viele der an dem Prozess Beteiligten sind inzwischen für ihre Beteiligung verurteilt worden, darunter auch der ehemalige Präsident Funes, der nach Nicaragua geflüchtet ist.

Auch wenn es aktuell mit ihrem Image der Nulltoleranz kollidiert, gibt es doch zahlreiche Beweise dafür, dass Bukeles Regierung zu Beginn der Amtszeit ebenfalls mit den Gangs verhandelte, um die Zahl der Morde zu verringern. Eine Recherche der investigativen Journalist\*innen von El Faro hat bewiesen, dass die Massaker im März 2022 – der Anlass für den aktuellen Ausnahmezustand – eine Reaktion auf den Bruch eines geheimen Pakts zwischen MS-13 und der Regierung von Präsident Nayib Bukele waren.

Bukele genießt seit seiner Amtszeit als Bürgermeister der salvadorianischen Hauptstadt San Salvador internationale Berühmtheit dank seines Know-hows der sozialen Medien und seiner enormen Propagandaausgaben, um sein Image als charismatischer Außenseiter, cooler Typ, als der Millennial-Anführer eines neuen El Salvadors global zu projizieren. Europäische und US-amerikanische Medien profilierten ihn zudem als eine Art Messias, der das blutigste Land aus den Fängen des organisierten Verbrechens befreien würde – wie eine Vorahnung seiner Figur als Präsident. Allerdings lag der Hype um Bukeles damaligen Ansatz darin, dass er angeblich repressive Politiken ablehnte und von Reformen, Inklusion und Unterstützung für die marginalisierte Jugend sprach – eine deutlich andere Position als heute. Ab seinem Amtseintritt als Präsident 2019 wuchs seine Beliebtheit exponentiell, er suchte die Nähe zu Influencer\*innen und YouTube-Persönlichkeiten und traf impulsive Entscheidungen, wie den Bitcoin zum gesetzlichen Zahlungsmittel des Landes zu machen.

Schon zu diesem Zeitpunkt war eine „Bukelisierung“ der Wahlkampagnen in den Amerikas zu beobachten, damals noch auf einem fast harmlosen ästhetischen und kommunikativen Niveau: Die Nationale Partei von Honduras zum Beispiel beschloss 2021, die traditionelle blaue Farbe der Partei durch Cyan zu ersetzen, die Identitätsfarbe von Bukele und seiner Bewegung Nuevas Ideas, und übernahm „Neue Herausforderungen, neue Ideen“ als Slogan ihres damaligen Präsidentschaftskandidaten Mauricio Oliva.

Ab 2022 haben populistische Parteien und Politiker\*innen im Rest des Kontinents auch mit dem Ausnahmezustand eine Maßnahme gefunden, mit der sie dem salvadorianischen Präsidenten nacheifern und ähnliche Popularitätswerte anstreben. Bei den Wahlen in Ecuador wurde der rechte Kandidat Jan Topic in den Medien als „ecuadorianischer Bukele“ bezeichnet, den er nach eigenen Angaben bewundert und dessen Sicherheitspolitik er zu imitieren verspricht. In Argentinien verkündete der derzeitige libertärkapitalistische Präsidentschaftskandidat Javier Milei, den „Erfolg“ der Repression in El Salvador zu analysieren. Auch in Honduras, auf der anderen Seite des politischen Spektrums, verhängte die linke Präsidentin Xiomara Castro im Jahr 2023 ein Ausnahme regime unter dem Vorwand, eine Erpressungskrise in den größten Städten des Landes zu bekämpfen.

Das „Modell Bukele“ soll also exportiert werden. Aber das, was europäische Medien, lateinamerikanische Politiker\*innen und Twitter-Fans des Millennial-Präsidenten als innovatives Wunder schildern, ist nichts anderes als die uralte Strategie der harten Hand. Die Militarisierung der Sicherheit. Die Kriminalisierung der Armut. Die Unterdrückung kritischer Stimmen. Die uneingeschränkte Verletzung der Menschenrechte. Das Modell Bukele ist allein durch die aggressive Machtkonzentration möglich, die wiederum durch ein repressives Modell für ihn gesichert wird. Nichts davon ist eine „neue Idee“. ■